

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 33477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorrat 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Kellere-Kolonelspalte 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Doch ein Übergangsministerium Stegerwald?

Umfall der Demokraten.

Berlin, 20. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die preussische Regierungsbildung ist gestern weiter vorwärts geschritten, da die Demokraten umgefallen sind. Sie haben die „Indiskretion“ des Rechtssozialisten Heilmann dazu benutzt, um ihre neue Stellungnahme begründen zu können. In einem heftigen Protest, in dem sie Heilmann als Vermittler und weitere interfraktionelle Besprechungen ablehnen, haben sie sich eine Grundlage geschaffen für die Erklärung, daß durch die Nichtbeteiligung der Sozialdemokraten am Geschäftministerium eine völlig neue Situation eingetreten sei. Das heißt, sie sind bereit, in das Ministerium einzutreten, das nun heute zustandekommen dürfte, aus Zentrum und demokratischen Politikern und Beamten bestehend und etwa folgend zusammengesetzt sein wird: Ministerpräsident und Wohlfahrtsminister Stegerwald, Justizminister Am Juchacz, Ministerium des Innern Fischeh, Finanzministerium Staatssekretär Warmbold, Wirtschaftsministerium Dominikus, Ministerium des Kultus Unterstaatssekretär Becker.

Die bayerischen Christlich-Sozialen gegen die bayerische Reaktion.

München, 20. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Neuen Volk, dem Organ der christlich-sozialen Partei in Bayern wird ein Aufruf veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß sowohl im Reich wie in Bayern der Einfluß des Kapitalismus und der Deutschnationalen immer größer werde. Besonders in Bayern habe die jüngste Entwicklung Formen angenommen, welche zu einer immer reaktionärerem Politik im Jahressommer der Deutschnationalen führe. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr sei heute der Mann der Deutschnationalen, und diese Politik werde durch die und durch die christlich-sozialen Partei, als auch von den Demokraten. Die Idee Stegerwalds werde lotgedrückt. Im Reich sei das Zentrum durch das Ausweichen der Bayern ungeheuer geschwächt. Es sei notwendig, daß es von Bayern Stärke und Zulauf erhalte. Aus diesen Gründen schlage die Vorstandschaft der christlich-sozialen Partei vor, in dieser Partei als bayerischem Zentrum den Anschluß an das Zentrum der Reiches zu erklären. Prinzipielle Gegensätze seien nicht gegeben, das neue Zentrumsprogramm, welches auf dem nächsten Zentrumsparteitag angenommen werde, decke sich mit dem der christlich-sozialen Partei. Die Hauptforderungen der christlich-sozialen Partei würden im neuen Zentrumsprogramm aufgenommen. Um die Frage der Vereinigung der christlich-sozialen Partei in Bayern mit dem Zentrum Stellung zu nehmen, werde eine Parteikonferenz zu Ingolstadt am Sonntag, dem 24. April, abgehalten.

Es bleibt abzuwarten, ob es mit der Gründung einer bayerischen Filiale des Zentrums Ernst werden wird. Die Christlich-Sozialen Bayerns können gegebenenfalls auch sehr schnell wieder anders fernern.

Gerüchte und Kombinationen.

Das deutsche Volk wird noch nicht für mündig genug gehalten, um über sein eigenes Geschick selbst zu entscheiden. Es überläßt alle wichtigen Entscheidungen der verzerrten Geheimkunst der Diplomaten und findet einen Ersatz darin, sich von der bürgerlichen Presse, die im Trausch und Klatsch ihren Lebensberuf sieht, die widersprechendsten Gerüchte und Kombinationen aufhängen zu lassen. Wir wollen denen, die nicht fühlen, welche unwürdige Rolle der deutschen Öffentlichkeit zugemutet wird — ist heute doch noch nicht einmal bekannt, ob die Reichsregierung sich überhaupt an Amerika gewandt habe und in welcher Form! —, ihre Freude daran nicht nehmen, sondern nur unsern Protest gegen die Fortsetzung der alten geheimdiplomatischen Methoden, die Deutschland von einem Unglück ins andre gestürzt haben, wiederholen und uns mit der Wiedergabe folgendes Situationsberichts unsres Berliner Korrespondenten begnügen:

Berlin, 20. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus London wird gemeldet: Der britischen Regierung wurde von nicht amtlicher Seite mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung den Vorschlag Deutschlands, die Schulden der Verbündeten an Amerika zu übernehmen, nicht in Betracht ziehen werde. Auch an gut informierter Stelle in Berlin liegen Nachrichten vor, die erkennen lassen, daß die Aktion des Ministers Simons, Amerika zu einer Vermittlung zu bewegen, als gescheitert gelten muß. Es ist zu erwarten, daß der Minister keine Vorschläge und direkt den Alliierten zugehen lassen wird. Er selbst aber scheint wenig Hoffnung auf die Annahme dieser Vorschläge zu haben. Seine Stellung gilt deshalb allgemein als schwer erträglich und es werden bereits verschiedene Namen, die als Nachfolger in Frage kommen, genannt, so der Pariser Botschafter Dr. Mauger und der Wiener Gesandte Dr. Rosenburg.

Ueber die deutschen Vorschläge bestehen zwei verschiedene Versionen. Die Botsche Zeitung stellt es so dar, daß der Minister Simons über den Vatikan einen Vorschlag an die Vereinigten Staaten weitergeschickt habe mit der Maßgabe, daß

diese, wenn sie den Vorschlag nach ihren Informationen als brauchbare Verhandlungsgrundlage ansehen könne, ihn den Alliierten vorlegen solle. Demgegenüber besteht eine andre Version, nach der die deutsche Regierung lediglich bei der amerikanischen Regierung angefragt habe, wie sie sich zu den deutschen Vorschlägen zu verhalten gedenke. Diese Anfrage sei schon deshalb notwendig gewesen, weil in den deutschen Vorschlägen das Angebot der Übernahme der alliierten Schulden an Amerika enthalten ist. Die Botsche Zeitung stellt weiter fest, daß der Vorschlag am Freitag, dem 15. April, durch Vermittlung des Vatikans nach Amerika abgegangen ist. Dieser Vorschlag enthält 1. das Angebot einer an die Alliierten zu zahlenden Gesamtsumme, 2. das Angebot, die Schulden der alliierten Staaten an Amerika zu übernehmen und zu verzinsen, 3. den Vorschlag, ein internationales Schiedsgericht über die Frage entscheiden zu lassen, in welcher Höhe die bisherigen deutschen Vorleistungen auf die bis zum 1. Mai zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark anzurechnen sind. Dieses Programm ist offenbar unvollständig, denn es schließt zunächst der Wiederaufbau für die zerstörten Gebiete und die von Lord George vorgeschlagene Ausfuhrabgabe oder ein Ertrag für diese Ausfuhrabgabe.

Nach einer andern Version, die von einem Pariser Nachrichten-Bureau verbreitet wird, hat das Pariser Journal aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß in den Vorschlägen die Zahlung einer Entschädigungssumme in Höhe der von Simons im März in London vorgeschlagenen enthalten sei. Danach sind vorgeschlagen 1. fünf Annullitäten gemäß dem Pariser Abkommen, und zwar zweimal 2 und dreimal 3 Goldmillarden zusätzlich, wovon jeder Jahreszahlungen, die einer 12prozentigen Steuer oder Ausfuhrabgabe gleichkommen. Alle die auf diese fünf Annullitäten folgenden Jahreszahlungen ist eine kleinere Summe vorgesehn als sie in Paris vorgesehn war. Die Sachverhältnisse sollen die Grundlage für die weitestgehenden Forderungen sein. 2. Die deutsche Regierung will einen Plan zum Wiederaufbau der zerstörtesten Gebiete unter Teilnahme deutscher Arbeitskräfte anarbeiten und die Lieferung von Rohmaterialien und Fertigfabrikaten hierzu vornehmen. 3. Abzehrung der Alliierten an dem Gewinn der deutschen Industrie bis zum Höchstmaß von 30 Prozent. 4. Die deutsche Regierung wird die alliierten Schulden bei Amerika auf ihre Kosten übernehmen. Diese Nachrichten sind völlig unwahrscheinlich, da sie in ihrer Gesamtwirkung ein die Pariser Forderungen weit überschreitendes Angebot bedeuten würden.

Ein Dementi des Vatikans.

Rom, 19. April. (II.) Der Vatikan dementiert die Nachricht, daß der Heilige Stuhl seine Vermittlung für die Unterbreitung neuer deutscher Vorschläge an die Alliierten zur Verfügung gestellt habe.

Die Ausdehnung der geplanten Befehuna.

Paris, 19. April. Nach dem Echo de Paris finden im Laufe dieser Woche weitere Konferenzen statt, an denen die militärischen und wirtschaftlichen Sachverständigen teilnehmen. Es scheint jedoch, daß das etwa neu zu bezeichnende Gebiet schon ungefähr bestimmt worden ist. Es umfaßt den ganzen Ruhrbezirk mit Ausnahme der Bezirke nordöstlich von Hamm und östlich von Jersch, aber auch das bühliche Gebiet bei Oberfeld, im ganzen einen Streifen von 75 Kilometer Länge und ungefähr 25 Kilometer Breite. Zur Befehuna erlaubt man nur sieben Divisionen nötig zu haben. Nebenbei hat das Wort hinsichtlich der wirtschaftlichen Befehuna des neu beletzten Gebietes. Man schätze jedoch die Einnahmen, die man erzielen könne, auf ungefähr 1 1/2 Milliarden Goldmark. Auch Echo de Paris glaubt, daß man mit der Deutscherweiterung der industriellen Persönlichkeiten rechnen müsse.

DA. Paris, 19. April. Wie Havas meldet, hat der französische Kammerausschuß einstimmig die Erklärung Brlands gebilligt, in der die Befehuna neuen deutschen Gebietes und wirtschaftliche Druckmittel angekündigt wurden. Auch die anwesenden Sozialisten stimmten für die Brlandschen Drohungen gegen Deutschland.

(Anmerk. der Red.: Es kann sich natürlich nur um die kleine und einflußlose Gruppe der sogenannten Dissidenten handeln, die mit den baltischen Sozialisten und den deutschen Rechtssozialisten auf eine Stufe zu stellen sind und denen sie ja auch in einer „Internationalen“ vereint sind. Welch sonderbares Gewächs diese „Annoe Internationale“ ist, dafür ist die Haltung der französischen Dissidenten ein neuer Beweis.)

Der Kampf der englischen Bergarbeiter. Keine Aussicht auf Verständigung.

London, 19. April. Eine heute abend vom Bergarbeiterbund erlassene Erklärung besagt, die Antwort der Bergwerkbauer habe keine Veranlassung zu irgendeiner Hoffnung, daß die Verhandlungen nächstens wieder aufgenommen werden.

Berlin, 20. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Obwohl heute aus London lange, ausführliche Telegramme bei fast allen größeren Zeitungen, die über einen eigenen Nachrichtendienst verfügen, vorliegen, fehlen noch jegliche Nachrichten über den Stand des Bergarbeiterstreiks in England. Dieser Zustand ist bezeichnend für die Organisation des kapitalistischen Nachrichtendienstes und beweist wieder mit aller Klarheit, wie notwendig die Schaffung eines internationalen sozialistischen Nachrichtendienstes ist.

Griechisch-bulgarischer Grenzzwischenfall.

II. Sofia, 19. April. Eine kleine Abteilung griechischer Infanteristen hat am 11. April einen bulgarischen Posten bei Grech angegriffen. Es kam zu einer heftigen Schießerei. Die bulgarische Regierung hat bei der griechischen Gesandtschaft in Sofia protestiert und die Aufmerksamkeit der Großmächte auf den Zwischenfall gelenkt.

Oesterreichs „unveräußerliche Souveränität“.

Von Julius Braunnthal, Wien.

Die im Staatsvertrag von St. Germain felerlich verkürzte unveräußerliche Souveränität der Oesterreichischen Republik hat durch das neuerliche Ultimatum Frankreichs, dem sich die Vertreter der englischen und italienischen Regierungen angeschlossen haben, seinen inneren Wert entfällt. Die französische Regierung ließ die Oesterreichische Regierung wissen, daß die französische Regierung die Hilfsaktionen einstellen und die Wiedergutmachung geltend machen werde, wenn sich die Oesterreichische Regierung außerstande erweisen sollte, die gegenwärtigen, auf den Anschluß an das deutsche Reich zielenden Antriebe wirkungslos zu machen. Unter den „Antrieben“ sind die Beschlüsse der autonomen Landtage von Tirol und Salzburg zu verstehen, das Volk der beiden Länder zu einer Abstimmung darüber zu berufen, ob es den Anschluß an Deutschland wünsche oder nicht. Diesem Beschlusse zufolge findet am 24. April in Tirol das Anschlußplebiszit statt. Obgleich diese geplanten Plebiszite nicht mehr denn demonstrativen Charakter besitzen, hält es die französische Regierung für angebracht, ihr schwerstes Geschick dagegen zu richten.

Um die schrankenlose Inzucht dieses Ultimatus zu ihrem vollen Umfange würdigen zu können, sei kurz die Rechtslage dargestellt. Im Staatsvertrag von St. Germain haben die Siegermächte, um den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu vereiteln, also die Schändung des Selbstbestimmungsrechts des Oesterreichischen Volkes zu verhindern, die Form gewählt, seine unveräußerliche Souveränität auszusprechen und jede Veränderung der staatsrechtlichen Existenz dieses Landes dem zustimmenden Beschluß des Völkerbundes vorbehalten. Da indes die Entschlüsse des Völkerbundes nur bei Einstimmigkeit Rechtsgültigkeit erlangen können und nach der Einspruch Frankreichs hinfällig würde, die legale Verbindung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland in alle Ewigkeit zu vereiteln, so bedeutet die „Souveränität“ Oesterreichs die grausamste Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, nur desentwillen angeblich die Demokratien des Westens in den Krieg gezogen sind. Indes, wenn auch die Hoffnung trügerisch ist, den legalen, den Verfassungsgesetzen des Völkerbundes gemäßen Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu vollziehen, so bleibt Oesterreich das Recht natürlich unbenommen, den Anschluß zu erstreben, die Anschlußfrage durch einen Antrag der Oesterreichischen Regierung beim Völkerbund aufzurollen. Zu diesem Schritt kann die Oesterreichische Regierung jedoch nur durch den Willen des ganzen Volkes ermächtigt werden, der wieder seine ausdrucksvollste Befehuna eben im Plebiszit erlangt. Was der französischen Regierung daher als „Antriebe“ erscheint, ist das klar im Friedenspakt und im Völkerbundsvertrag ausgeprochene Recht des Oesterreichischen Volkes, durch ein Plebiszit seinen Anschlußwillen zu bekennen und die Regierung zu beauftragen, dem Völkerbund diesen Willen bekanntzugeben. Daher ist der Schritt der französischen Regierung als ein nackter Rechtsbruch darstellend.

Andererseits ist die eingeleitete Hilfsaktion der Ententestaaten und des Völkerbundes für Oesterreich, von deren Wert noch zu sprechen ist, durchaus keine Gnade, die die Großmüt dem bedrängten Staate angedeihen läßt, sondern ein Recht, das Oesterreich zu helfen und eine Pflicht, die die Sieger und der Völkerbund zu erfüllen hat. Als untreue Friedensunterhändler in St. Germain den zwingenden Nachweis erbrachten, daß der uns auferlegte Friedensvertrag das Oesterreichische Volk dem Untergange wehrt, erklärten sich die Siegerstaaten bereit, durch eine großzügige Hilfsaktion die Lebensfähigkeit Oesterreichs zu verhüten. Diese Erklärung ist in aller Form in der Mantelnote des Friedensvertrags, die ein integrierender Bestandteil des Friedenspaktes ist, aufgenommen und für alle Signatarmächte bindend und verpflichtend. Wenn nun die drei Großmächte, Frankreich, England und Italien kundtun, daß sie die Hilfsaktion an den Verzicht eines dem Oesterreichischen Volke zustehenden Rechtes knüpfen, so entschlagen sie sich einer wesentlichen Verpflichtung des Friedensvertrags und heben gleichsam seine Rechtswirksamkeit auf.

So läßt die neueste Note Frankreichs erkennen, welchen Wert Recht und welchen Wert Gerechtigkeit für die Sieger besitzt. Und die „Hilfsaktion“ des Völkerbundes, woraus die Sieger das Recht ableiten, das Recht Oesterreichs zu beugen, rekrutiert sich dazu auf die schändlichste Ausbeutung dieses armen Staates. Als Preis für die Kredit, die uns zu hohen Zinsen gewährt werden sollen, fordern sie die Auslieferung der zwei größten Wiener Kreditinstitute, der Länderbank und der Anglobank und damit den überwiegend größten Teil der Industrien an das französische und englische Kapital, die Verpfändung unserer Zollgälle, unsres Tabak- und Salzmonopols, kurz alles in allem, was Oesterreich an realen Werten besitzt. Hingegen haben die Siegermächte nicht ermannt, zu erklären, daß sie auf die Wiedergutmachung keineswegs verzichten und ihre Erfüllung nur hinauszuschieben gedenken. Um die Verzerrung der Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, in deren Namen